

Rede Digitale Infrastruktur

Digitale Infrastrukturen sind der Treiber unserer regionalen Wirtschaft. Eine Milliarde EURO wird in Bayern in den Ausbau der digitalen Infrastruktur gesteckt. In Hessen wird seit dem Jahr 2009 der Ausbau eines sog. NGA-Netzes (next generation access – hochbitratige Breitbandstrukturen) forciert. Die Wirtschaftsinfrastrukturbank hat dafür ein 200- Millionen-Darlehensprogramm zur Verfügung gestellt. Hochbitratige Breitbandinfrastrukturen sind die Grundlage für die Ansiedlung von kleinen und mittelständischen Firmen – auf dem Land wie in Frankfurt.

„NGN“ – Next Generation Network –, ein in der IT –Branche geläufiger Begriff, bedeutet letztlich den völligen Umbau der Telekommunikationswege. Die Umstellung analoger Strukturen und Systeme auf digitale ist in vollem Gange, aber die Anforderungen an die Effizienz steigen stetig an, ebenso die Belastungen für die Umwelt und die Fläche.

Die Geschwindigkeit des Umstellungs – und Ausbauprozesses wird in der vernetzten globalen Wirtschaft vom Ausland vorgegeben: Asien, aber auch Europa: Luxemburg, Amsterdam, Dublin, Basel: Hier wird die Breitbandkabelstomversorgung in jedes neue Gewerbegebiet gelegt – eine Forderung, die der Digital Hub Frankfurt Rhein Main immer wieder auch für Frankfurt erhebt.

Der Ausbau von Hochgeschwindigkeitsnetzen der hessischen NGA – Strategie wird vom Land Hessen vorangetrieben. Im Rahmen der Energiewende entsteht ein neues Energiesystem vor dem Hintergrund, dass die bisherigen Netze aus den 60er – 70er Jahren stammen. Wirtschaftsstaatssekretär Saebisch hat kürzlich den EEG-bedingten Aus – und Umbau der Netze auf ein Investitionsvolumen von mehreren –zig Milliarden EURO beziffert.

Frankfurt liegt in der Geschwindigkeit der Entwicklung der digitalen Wirtschaft (noch) an der Spitze. Die Breitbandversorgung, die Glasfaserverfügbarkeit und Netzsicherheit sind hier die ausschlaggebenden Kriterien. Der Telekommunikationsknoten Frankfurt ist die Rechenzentrums – und Cloud – Metropole Europas – leicht vor London. Damit ist Frankfurt das europäische Zentrum für Internetverkehr und Internetdienstleistungen, weil noch die Standortqualität stimmt.

Ausschlaggebend für die Absicherung des Internetstandortes ist die Stromversorgungszuverlässigkeit. Hier hat die Bundesrepublik Deutschland derzeit mit 15 Minuten Ausfallzeit pro Jahr einen Spitzenplatz in Europa. In Frankfurt am Main liegt die Niederspannungsebene bei nur rund fünf Minuten, was zu einer hohen Versorgungssicherheit führt.

Generell haben zwischen 2009 und 2011 Spannungseinbrüche am Übertragungsnetz aber stark zugenommen, da, wie gesagt, die bisherigen Übertragungsnetze überaltert sind.

Im Zuge der Energiewende entsteht ein neues Energiesystem – Folge: Der Umbau der digitalen Infrastruktur – also der Netze für die Netze – ist unausweichlich. Die Kapazitäten sind endlich, im Sommer ist der Energieverbrauch wegen des Betriebs der Klimaanlage inzwischen am höchsten, es stellt sich die Frage der Belastungsgrenze.

Aus der Branche ist zu vernehmen, dass die großen internationalen Cloud – Computing – Konzerne, die Arbeitsplätze schaffen und mit ihrer Wirtschaftskraft kommunale Einnahmen generieren, sich in Frankfurt erst ansiedeln werden, wenn die Stromausfallzeiten stabil niedrig sind. In Frankfurt haben zwischen 2009 und 2011 die Spannungseinbrüche an den Kuppelstellen zum Übertragungsnetz um 70% zugenommen, so dass die vorhandenen Kapazitäten erweitert werden müssen, auch, übrigens, im Hinblick auf die Bedürfnisse der Forschung, denn wir sind auch ein Wissenschaft- und Forschungsstandort!

Wenn die Koalition nunmehr mit dem Antrag NR 454 den Magistrat bittet, in dezernatsübergreifender Zusammenarbeit Maßnahmen zur Sicherung der herausragenden Stellung Frankfurts im Bereich der digitalen Infrastruktur zu erarbeiten, hat sie dabei auch im Auge, dass Frankfurt alle Netzwerkpartner bietet, die man für die Schaffung neuer Geschäftsmodelle benötigt. Der Kostenfaktor ist im Hinblick auf die einzuhaltenden Sparziele im städtischen Haushalt auch zu berücksichtigen. Dass in der Branche von jährlichen Investitionskosten ins Frankfurter Stromnetz in Höhe von ca.

20 Mio EURO die Rede ist, stimmt nachdenklich und zeigt die Erforderlichkeit gründlicher Planung beim Ausbau der Infrastruktur.

Da der Flächenbedarf für die Rechenzentren immens ist- allein der Sitz der Commerzbank in der Kaiserstraße weist 250.000 qm Rechenzentrumsfläche auf – muss eine Flächenbedarfsanalyse erstellt werden. Diese ist, verbunden mit einer mittelfristigen Wachstumsprognose, mit den Unternehmen der Branche zu erarbeiten. Wir wünschen eine durchdachte, abgesicherte und damit für alle Seiten vorhersehbare Entwicklung, die der Stadtplanung dient und Investitionsentscheidungen erleichtert. Aber für die Stadt muss auch das Volumen der zu investierenden öffentlichen Gelder absehbar und, nicht zuletzt, tragbar und finanzierbar sein!

Schließlich Ziffer 3 des Antrags der Koalition:

Es muss Vorsorge für die Energieeffizienz getroffen werden. In der Branche wird die Wirksamkeit des Einbaus sog. smarterer Systeme, also die intelligente Steuerung des Energieverbrauchs, für die Reduzierung des – immensen – Stromverbrauchs bezweifelt. Es muss also breit aufgestellt nach Lösungen bzgl. des Stromverbrauchs, letztlich auch mit dem Ziel der Senkung der Stromkosten, gesucht werden.

Am 29. Januar hat der Digital Hub FrankfurtRheinMain zu diesem Thema ein sog. Frankfurter Manifest veröffentlicht,

das auf seiner anschließenden Jahreskonferenz zum Thema „Digitale Infrastrukturen in FrankfurtRheinMain“ aus verschiedenen Blickwinkeln beleuchtet wurde. Die FDP – Fraktion hat dieses Manifest in ihrem Antrag vom 30. Januar fast 1: 1 übernommen. Auf der Konferenz habe ich allerdings keinen ihrer Vertreter gesichtet, so dass sich der Eindruck eines Schnellschusses aufdrängt. Weggelassen hat sie allerdings die letzte Forderung des Manifestes nach der Ausgestaltung finanzieller Anreizsysteme für Unternehmen, die digitale Infrastrukturen schaffen oder betreiben, durch z.B. steuerliche Entlastungen. Das ist zum einen vor dem Hintergrund erstaunlich, dass die hessische Landesregierung, wie Staatssekretär Saebisch vom hessischen Wirtschaftsministerium auf der Konferenz ausführte, sich wegen der entscheidenden Bedeutung des Strompreises für die Branche für eine Befreiung von der EEG- Umlage einsetzt, was natürlich auch einen Einnahmeausfall für den Staat bedeuten würde, denn auf die EEG-Umlage wird Mehrwertsteuer gezahlt.

Die ungeprüfte Übernahme dieser, aus Sicht der Internetwirtschaft wünschenswerten Forderungen würde die Stadt Frankfurt nicht nur finanziell überfordern, deshalb votieren wir den FDP-Antrag 510 mit „prüfen und berichten“.

Die „smarte“ Herangehensweise der Koalition zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit der Stadt auf diesem wichtigen

Wirtschaftssektor dient der IT – Branche nachhaltiger als gut gemeinte Schnellschüsse!